

Beschluss des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales

Beitragszahler entlasten und Beschäftigung ankurbeln

Mehr Netto und mehr Arbeitsplätze durch Senkung der Lohnzusatzkosten

Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen an – besonders in Form zusätzlicher Arbeitsplätze. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde unter der unionsgeführten Bundesregierung ein historischer Höchststand erreicht, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf über 27 Millionen angestiegen. Der Beschäftigungsaufbau vollzieht sich zudem dynamischer als in früheren Aufschwungphasen. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung allein im vergangenen Jahr um geschätzt 570.000 Personen im Jahresdurchschnitt zu. Die Zahl der Arbeitslosen ging von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 um fast ein Viertel auf unter 3,8 Millionen Personen im vergangenen Jahr zurück. Anders als in der Vergangenheit kommt der Aufschwung am Arbeitsmarkt zunehmend auch den Menschen zugute, die mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, wie den Älteren, den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen.

Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Für 2008 und 2009 gehen die Forschungsinstitute in ihren Frühjahrsgutachten von einem weiteren Beschäftigungsaufbau von geschätzt 600.000 Personen und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um geschätzt 800.000 Personen aus. Nach den Prognosen der Institute liegt die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 mit 2,975 Millionen unter der Marke von 3 Millionen, damit wären rund 1,9 Millionen Menschen weniger arbeitslos als im Jahr 2005. Das zeigt: Die Politik der CDU für mehr Wachstum und Beschäftigung zahlt sich aus. Deutschland ist auf gutem Kurs.

Noch gibt es in Deutschland aber über 3 Millionen Arbeitslose. In unseren Anstrengungen, die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, wird die CDU daher nicht nachlassen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat weiterhin höchste politi-

sche Priorität. Zentrales Ziel der CDU ist es deshalb, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beizutragen.

Deshalb müssen die Lohnzusatzkosten, das heißt die paritätisch finanzierten Beitragssätze in der Sozialversicherung, dauerhaft unter 40 Prozent gehalten werden. Niedrigere Lohnzusatzkosten machen das Arbeiten in Deutschland wettbewerbsfähiger. Sie helfen darüber hinaus besonders Menschen mit einfachen Qualifikationen, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitnehmer erhalten höhere Nettoeinkommen und nehmen am Aufschwung teil. Beide Effekte, die Entlastung der Unternehmen und die gleichzeitige Stärkung der Kaufkraft der Beitragszahler, stärken die Binnennachfrage.

Unter der Regierung Angela Merkel wurde zum 1. Januar 2007 der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesenkt. Ab 1. Januar 2008 ist der Beitragssatz um weitere 0,9 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent und sind die Beiträge zur Sozialversicherung insgesamt auf 39,7 Prozent und somit deutlich unter 40 Prozent gesenkt worden. Durch diese Halbierung des Beitragssatzes innerhalb von 12 Monaten sind die Beitragszahler bereits um rund 25 Milliarden Euro, dies entspricht etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts, entlastet worden. Bei einem Durchschnittsverdienst von 33.000 Euro brutto im Jahr bedeutet die Senkung des Beitragssatzes von 6,5 auf 3,3 Prozent ein Plus von 528 Euro. jeweils für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das stärkt die Kaufkraft, so entstehen Spielräume für Konsum und Investitionen im nächsten Jahr.

Aus guten Gründen, wie dem demografischen Wandel und dem medizinischen sowie medizinisch-technischen Fortschritt, sind bei der gesetzlichen Krankenversicherung und bei der sozialen Pflegeversicherung Beitragssatzsenkungen auf absehbare Zeit nicht zu realisieren. Die CDU wird sich deshalb auch künftig dafür einsetzen, dass finanzielle Spielräume bei der Bundesagentur für Arbeit für eine weitere Senkung des Beitragssatzes genutzt werden, um die Lohnzusatzkosten weiter zu senken und damit den Beschäftigungsaufbau und die Kaufkraft der Beitragszahler zu stärken. Die Aussichten, dass sich Gestaltungsspielräume für eine weitere Senkung des Beitragssatzes ergeben, sind gut. Die anhaltend günstige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat die Finanzentwicklung der Bundesagentur im ersten Quartal 2008 nachhaltig positiv beeinflusst. Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Zahl der Beitragspflichtigen zur Arbeitslosenversicherung nahm weiter zu. Infolgedessen mussten weniger Ausgaben getätigt werden als vorhergesehen.

Aus Sicht der CDU muss jedoch sichergestellt sein, dass die Bundesagentur für Arbeit dauerhaft ohne Zuschüsse des Bundes auskommt. Die Bundesagentur soll ihre Aufgaben entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag erfüllen und für die Sicherung von Pensionsansprüchen ihrer Beamtinnen und Beamten einen Versorgungsfonds aufbauen können. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, halten wir bereits für das Jahr 2009 eine weitere Senkung des Beitragssatzes von 3,3 Prozent auf einen Beitrag von maximal 3,0 Prozent für sinnvoll und machbar.

Die CDU tritt dabei dafür ein, dass den Menschen effektiv mehr Netto im Geldbeutel verbleibt. Dies kann nur durch eine echte Senkung der Lohnzusatzkosten geschehen und nicht durch eine bloße Umstellung der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme von Beitragsmitteln auf Steuermittel. Abzulehnen sind daher aktuelle politische Bestrebungen, die Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung durch höhere Zuschüsse aus Steuermitteln zu kompensieren. An der hohen Nettobelastung der Beschäftigten würde sich dadurch nichts ändern, ebenso wenig wären dadurch positive Beschäftigungswirkungen zu erzielen. Richtig und zukunftsweisend ist es aus Sicht der CDU vielmehr, die Sozialversicherungssysteme auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und durch einen effizienten Einsatz der Beitragsmittel auch in Zukunft Gestaltungsspielräume für weitere Senkungen der Beitragssätze zu schaffen.